



Ihr/e Gesprächspartner/in: Sascha Lienesch, Claudia Feld-Wielpütz

Verteiler: Vorsitzende(r), I, III, IV, BRB, BNU, FB 9

Federführung: BNU

Termin f. Stellungnahme:

erledigt am: 01.07.2021 vB

Antrag

Datum: 01.07.2021

Drucksachen-Nr.: 21/0315

Beratungsfolge

Rat

Sitzungstermin

01.07.2021

Behandlung

öffentlich / Entscheidung

Betreff

Sankt Augustin wird klimafreundlich, Antrag zu TOP 16.1.3.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt – wie empfohlen und im Haushalt bereits vorgesehen – das Integrierte Klimaschutzkonzept mit externer Unterstützung in 2021 und 2022 zu aktualisieren (unter Maßgabe zeitnaher Erreichung von CO₂-Neutralität, mindestens jedoch der NRW Klimaziele). Ein Fahrplan zum Erreichen der Ziele inkl. Kostenschätzungen soll hierzu erstellt werden, damit danach die notwendigen konkreten Entscheidungen getroffen werden können.

Die Verwaltung wird ferner beauftragt umgehend einen Prozess zur Beteiligung der Bürger*innen zu erarbeiten und nach Beratung in den städtischen Gremien zu starten. Z. B. könnten zufällig ausgewählte Bürger*innen Zukunftsbilder einer klimaneutralen Stadt entwickeln. Gemeinsam mit Vertreter*innen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und unterstützt von Expert*innen. Nach und nach entsteht ein Fahrplan für Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Unternehmen. Die Stadt Bonn dient beispielgebend (Bonn for Future).

2. Die Stadt Sankt Augustin setzt sich das Ziel, alle in ihrem Einflussbereich liegenden Maßnahmen zu ergreifen, um in Sankt Augustin Klimaneutralität bis 2035 möglich zu machen. Für den öffentlichen Bereich (Kern- und Gesamtverwaltung) soll das Ziel

schnellstmöglich erreicht werden.

3. Eine interfraktionelle Arbeitsgruppe wird eingerichtet, um die Verwaltung bei der Erstellung des überarbeiteten Klimaschutzkonzeptes und Klimafahrplan (siehe Punkt 1) politisch zu begleiten. Vertreter der stadteigenen Gesellschaften (WfG, WVG, Stadtwerke) werden in diese Arbeitsgruppe einbezogen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt für den Gebäudebestand die Belegung der Dachflächen mit PV-Anlagen technisch und vertragsrechtlich (Contracting) vorzubereiten und dem Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss vorzulegen.
5. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Sankt Augustin mbH wird gebeten, die hiesigen Unternehmen/Gewerbe rund um das Thema Klimaschutz kontinuierlich zu informieren und Informationsveranstaltungen hierzu zu organisieren. Eine Kooperation mit den Stadtwerken Sankt Augustin und der Energieagentur Rhein-Sieg zur Umsetzung dieses Vorhabens ist zu prüfen.
6. Nach Möglichkeit soll im Aufstellungsprozess für den Doppelhaushalt 2022/2023 das Ziel einer mittel- bis langfristigen Klimaneutralität der Stadt bereits in geeigneter Weise, beispielsweise in einem gesonderten Haushaltskapitel erkennbar sein.
7. Die städtischen Vertreter*innen in den entsprechenden Gremien der Gesellschaften in privater Rechtsform, an denen die Stadt Sankt Augustin mehrheitlich beteiligt ist, werden angewiesen die jeweiligen Geschäftsführungen mit der Erstellung eines Klimaplanes für ihren Geschäftsbereich zu beauftragen. Angestrebt wird die Erreichung des Klimaziels für das Jahr 2035.

Sachverhalt / Begründung:

Die CDU unterstützt ausdrücklich das Ziel, dass auch die Stadt Sankt Augustin einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz leistet. Der Rat hat bereits in der Vergangenheit in diesem Zusammenhang Klimaziele und ein Klimaleitbild formuliert. Der vorgelegte Antrag der Mehrheitsfraktionen greift das Thema erneut auf, ist jedoch mit Blick auf die zur Umsetzung erforderlichen Ressourcen ungenau, deshalb etwas realitätsfern und kann zu erheblichen Komplikationen bei einer Vielzahl von Projekten führen. Es fehlt vor allem an einem nachvollziehbaren, die gesamte finanzielle Lage der Stadt berücksichtigenden Konzept zur Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen vor dem Hintergrund einer angestrebten Realisierung beispielsweise einer klimaneutralen Kernverwaltung bis zum Jahr 2025. Die Verwaltung hat zu den geschätzten Kosten und den Auswirkungen auf andere Projekte in der Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktion Auskunft gegeben.

Die CDU befürwortet ausdrücklich die systematische Erstellung von konkreten, realistischen Maßnahmen zur Erreichung von CO₂-Neutralität der Verwaltung. Der Umsetzungszeitraum darf ambitioniert sein, muss dafür jedoch so gewählt werden, dass diese Maßnahmen faktisch umsetzbar und auch finanzierbar sind. Die Verwaltung hat hier in der Anfragenbeantwortung einen groben Fahrplan entworfen, den sich die CDU zu eigen macht und dessen Umsetzung beantragt.

Besonders wichtig ist es uns, die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt dabei direkt mitzunehmen und zu beteiligen. Hierzu soll die Verwaltung ein Beteiligungskonzept erarbeiten und schnellstmöglich umsetzen.

gez. Sascha Lienesch

gez. Eldach-Christian Herfeldt

gez. Claudia Feld-Wielpütz

gez. Markus Thiebes